

50 Impfschäden wurden bisher anerkannt

WIEN. 20 Millionen Corona-Impfungen sind bisher verabreicht worden. In 50 Fällen, also im Promillebereich, wurden Impfschäden anerkannt. Die meisten Betroffenen erhielten eine Einmalzahlung. „Wir haben 1619 Anträge, um es genau zu sagen, erhalten“, sagte Katharina Reich, Generaldirektorin für die öffentliche Gesundheit im „Ö1“-Morgenjournal. „Und bei 50 Fällen kam es zu einer Anerkennung des Impfschadens.“

38 Betroffene erhielten eine einmalige Entschädigung in der Höhe von rund 2000 Euro, zwölf eine monatliche Rente in der Höhe von etwa 700 Euro, bestätigte auch das Gesundheitsministerium. „Das sind zum Beispiel Patienten, die aufgrund einer Herzmuskelentzündung sowie eines vorbestehenden Herzschadens eine dauerhafte Leistungseinschränkung haben. Oder das sind Patienten, die aufgrund einer Thrombose zum Beispiel einen Nervenschaden oder eine Gehbeeinträchtigung erlitten haben“, sagte Reich dem Radiosender „Ö1“.

Somit wurden in 0,008 Prozent ein Antrag auf Impfschäden gestellt. Es gab mitunter auch Anträge, die ohne ärztlichen Befund gestellt wurden.



20 Millionen Corona-Impfungen gab es bisher in Österreich. Foto: vowe

Pkw überschlug sich mehrmals

LEONDING. Weil er angeblich einem Tier ausweichen wollte, geriet ein 24-jähriger Autofahrer in Leonding auf der B139 am späten Donnerstagnachmittag auf die Gegenfahrbahn. Sein Pkw prallte gegen die Straßböschung, überschlug sich dabei mehrfach und kam auf den Rädern zu stehen. Der 24-Jährige erlitt Verletzungen unbekanntes Grades und wurde von der Rettung in das Linzer UKH eingeliefert.



Rund ein halbes Jahr braucht Klaus Berger im Schnitt, um einen Stammbaum zu erforschen. Symbolfoto: Initiative Meisterstraße

Von böhmischen Schustern und feigen Vätern

Historiker Klaus Berger erforscht für seine Kunden ihre Familiengeschichte – immer wieder stößt er dabei auf Kurioses

VON VALENTIN BAYER



„Bei unserer Forschung stoßen wir immer wieder auf Einzelschicksale, an denen sich der große historische Kontext ablesen lässt.“

■ Klaus Berger, Ahnenforscher

LINZ. Manchmal sind es unangenehme Überraschungen, die die Arbeit von Klaus Berger zutage bringt. „Bei einem Klienten hat sich herausgestellt, dass der Großvater SS-Offizier war. Solche Ergebnisse präsentiert man eher ungern, das ist aber die Ausnahme“, sagt der Ahnenforscher, der seit 2011 gemeinsam mit seinem Kollegen Michael Gartler aus Kefermarkt hauptberuflich Stammbäume für seine Kunden erstellt.

Aus einem gemeinsamen Interesse für ihre eigenen Familiengeschichten heraus entschieden sich die beiden Historiker 2011, „Berger und Gartler Ahnenforschung“ zu gründen. Ihre Kunden seien aus verschiedenen Gründen an ihrer Familiengeschichte interessiert: „Oft soll es ein Geschenk sein. Häufig weckt auch ein Sterbefall in der Familie die Neugier auf die eigenen Wurzeln“, sagt Berger.

Geschichte im Familienkontext

Oberösterreich ist einer der wichtigsten Märkte für die beiden Ahnenforscher. Immer wieder deckt Berger bei seiner Arbeit auch fast schon filmreife Biografien auf.

„In einem Fall haben wir für einen Kunden lange dessen Vater gesucht, den er nie kennengelernt hat. Aufgetaucht ist er dann auf der Passagierliste eines Schiffes in die USA – drei Monate vor der Geburt seines Sohnes. Genau kann man das nicht sagen, aber der dürfte vor seiner Verantwortung geflohen sein“, erzählt Berger.

Auch Migrationsbewegungen werden an den Familiengeschichten sichtbar. Lange Zeit seien beispielsweise viele tschechische Handwerker, vor allem aus der Grenzregion Böhmen, nach

Oberösterreich emigriert. „Und zwar deshalb, weil es in Oberösterreich viele radizierte Gewerbe gab – dass also der Besitz eines bestimmten Hauses dazu berechtigt hat, zum Beispiel als Schuster zu arbeiten“, sagt der Historiker. Fand eine oberösterreichische Familie keinen Nachfolger, wurden Haus und Gewerbe oft an tschechische Migranten verkauft. „Diese Einwanderer tauchen in oberösterreichischen Stammbäumen auffällig oft vor“, sagt Berger.

Wichtigste Quelle des Forschers sind Kirchenmatriken – also Geburts-, Heirats- und Sterbebücher der Pfarren. Die meisten reichen ins Jahr der Pfarreform unter Kaiser Joseph II. im Jahr 1784 zurück und setzen damit oft auch zeitliche Grenzen für die Forschung. Schon die Matriken geben Einblicke in ungewöhnliche Lebensgeschichten: „Einmal bin ich über einen Herrn gestolpert, der neunmal verheiratet war“, erzählt Berger. Der Fall zeige auch gewisse Grenzen der Ahnenforschung auf. „Wir wissen nicht, warum dieser Herr so oft geheiratet hat – dieser Teil der Geschichte geht über die Jahre verloren“, sagt Berger.

Mit gestohlenem Pkw durch Linz gerast: U-Haft

LINZ. Über einen 14-Jährigen aus Rumänien, der mit drei weiteren Burschen in einem gestohlenen Auto auf der Flucht vor der Polizei quer durch Linz gerast war und auf der A7 einen Unfall verursacht haben soll, ist gestern die U-Haft verhängt worden. Es werde wegen vorsätzlicher Gemeingefährdung, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Diebstahls und fahrlässiger Körperverletzung gegen den Jugendlichen ermittelt, teilte Behördensprecherin Ulrike Breiteneder mit.

Der junge Raser soll während der halsbrecherischen Fahrt einen Streifenwagen zum abrupten Ablenken gezwungen haben. Wie sich herausstellte, soll den Wagendiebstahl aber nicht der 14-jährige Rumäne, sondern einer der Beifahrer, ein 14-jähriger Bosnier begangen haben. Beim Unfall waren insgesamt fünf Personen leicht verletzt worden.

ÜBERBLICK

Raser mit 252 km/h auf der A9 erwischt

RIED IM TRAUNKREIS. Mit 252 km/h war am Freitag ein Bosnier auf der A9 unterwegs, als er Beamten der Autobahnpolizeiinspektion vor die Radarpistole geriet. Seine Ausrede: Er habe bei einem Stau verlorene Zeit aufholen wollen. Er wird angezeigt.

Drogenlenker raste mit 107 km/h durch Linz

LINZ. Ein 20-jähriger Probeführerscheinbesitzer raste gestern am späten Nachmittag mit 107 km/h auf der Linzer Waldeggstraße stadtauswärts. Der Lenker stand unter Drogeneinfluss. Ihm wurde der Führerschein abgenommen.

Frau mit Rollator ausgeraubt

STEYR. Eine 73-Jährige aus Steyr, die am Nachmittag mit ihrem Rollator in der Franz-Sebek-Straße unterwegs war, wurde von einem Unbekannten umgestoßen. Der Mann entriß ihr die Handtasche und raubte Geld. Sie blieb unverletzt, die Polizei bittet unter der Nummer 059133/4145 um Hinweise.

SICHT DER ANDEREN VON FRANZ KEHRER



Wohnen wird vom Grundbedürfnis zum „Luxusgut“

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Jeder Mensch braucht ein Dach über dem Kopf. Die Teuerungen bei Strom und Heizkosten führen uns aktuell allen vor Augen, womit Menschen mit geringem Einkommen bereits seit Jahren zu kämpfen haben: den steigenden Ausgaben für Wohnkosten.

In einer vom Sozialministerium beauftragten Studie geben 1,1 Millionen Menschen an, dass die Wohnkosten eine schwere finanzielle Belastung für sie sind. In den Caritas-Sozialberatungsstellen beobachten wir auch schon seit langem, dass Wohnen für immer mehr Menschen zum Luxus wird. Rund 41 Prozent ihres Einkommens

müssen von uns betreute Menschen im Schnitt dafür berappen. Sie wohnen überwiegend in Mietwohnungen, die seit Jahren steigenden Preise bringen viele Menschen in Existenznöte. Laut Statistik Austria sind die Mietpreise in Oberösterreich in den vergangenen zehn Jahren im Schnitt um 30 Prozent gestiegen. Wohnen wird vom Grundbedürfnis zum „Luxusgut“.

Die Wohnbeihilfe des Landes wäre eine wichtige Hilfe, gerade in Zeiten wie diesen. Doch der Rechnungshof hat kürzlich festgestellt, dass sich die Zahl der Bezieherinnen und Bezieher seit 2017 von 31.100 auf rund 24.400 verringert hat. Dieser Befund ist ein Armutszeugnis für diese eigentlich sehr

wertvolle staatliche Hilfe, die eingerichtet wurde, um Armut und Wohnungsnot zu vermeiden. Auch in unseren Sozialberatungsstellen zeigt sich ein deutlicher Rückgang bei den Menschen, die Wohnbeihilfe beziehen. Gründe dafür sind u. a. die Verschärfung der Anspruchskriterien und auch die seit Jahren nicht veränderte 7-Euro-Grenze. Sehr viele Menschen, die zu uns kommen, sind daher verstärkt auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen. Und hier sind gerade im städtischen Bereich kaum mehr Wohnungen um sieben Euro pro Quadratmeter zu bekommen. Das ist aber die Grenze für den Anspruch auf Wohnbeihilfe. Eine Grenze, die viele Menschen, die

dringend Hilfe bräuchten, bewusst ausschließt.

Der Landesrechnungshof hat darüber hinaus auf einen eklatanten Missstand hingewiesen, der seit Einführung der neuen Sozialhilfe in Oberösterreich besteht: Die Wohnbeihilfe wird auf die Sozialhilfe als Einkommen angerechnet. Das führt zu der absurden Situation, dass Menschen, die Sozialhilfe beziehen zwar die Wohnbeihilfe beantragen müssen, sie ihnen dann aber wieder als Einkommen von der Sozialhilfe abgezogen wird. Was dazu führt, dass sie in vielen Fällen die Sozialhilfe nicht mehr erhalten, weil sie mit der Wohnbeihilfe als Einkommen über den zulässigen Richtsatz kommen.

Im soeben beschlossenen Gesetz zur Sozialhilfe wurde die Kritik nicht berücksichtigt und sogar die Tür zu unangekündigten behördlichen Kürzungen aufgemacht. Gerade auch beim Grundbedürfnis Wohnen braucht es mehr denn je verlässliche soziale Sicherungssysteme, um die Zunahme von Armut und sichtbare Wohnungsnot zu verhindern. Insbesondere in Krisenzeiten. Wenn jedoch in der Krise der Bezug von Sozialleistungen zurückgeht, müssten alle Alarmglocken schrillen. Es geht darum, nicht jenen Hilfe zu verwehren, die sie dringend brauchen.

Franz Kehrer ist Direktor der Caritas in Oberösterreich.